



Newsletter des Deutschen Behindertenrats 08/2025



Liebe Leser*innen,

das Jahr neigt sich dem Ende zu und wie immer ist das eine gute Gelegenheit, zurückzublicken. 2025 war ein ereignisreiches Jahr. Die Bundestagswahl im Februar und die anschließenden Koalitionsverhandlungen prägten das politische Klima, und der Deutsche Behindertenrat (DBR) nutzte die Chance, mit der neuen Bundesregierung in den Dialog zu treten.

Mit Jürgen Dusel, Behindertenbeauftragter der Bundesregierung fand das erste Treffen nach der Wahl statt. Der Austausch wird regelmäßig fortgesetzt. Zudem sprachen Vertreter*innen des DBR mit den teilhabepolitischen Sprecher*innen und Minister*innen wie Wilfried Oellers (CDU), Dr. Christoph Ploß in Vertretung für Wirtschaftsministerin Katherina Reiche (CDU), Heike Heubach (SPD), Corinna Rüffer (Bündnis 90/Die Grünen), Bundesgesundheitsministerin Nina Warken (CDU) und schließlich auch mit Bundeskanzler Friedrich Merz.

Nach der Regierungsbildung im Mai war es ein zentrales Anliegen, frühzeitig den Kontakt zu den neuen Verantwortungsträger*innen zu suchen und die Belange von Menschen mit Behinderungen weiter zu stärken und den Kampf gegen die Diskriminierung konsequent weiterzuführen.

Ein weiterer Höhepunkt in 2025 war der Global Disability Summit in Berlin - ein wichtiger Moment, um internationale Aufmerksamkeit für die Rechte von Menschen mit Behinderungen zu schaffen und zu zeigen: Inklusion ist kein nationales, sondern ein globales Thema.

Themen, die den DBR in 2025 zudem politisch beschäftigt haben waren das Inkrafttreten des Barrierefreiheitsstärkungsgesetz (BFSG), das lange Warten auf die Reform des

Behindertengleichstellungsgesetzes (BGG) und das Urteil des Bundesverfassungsgerichts zu den Triage-Regelungen. Diese Themen bleiben aktuell und die Reformen, Anpassungen und Umsetzung der Regelungen und Gesetze müssen ausdauernd eingefordert werden. Daran wird der DBR weiter arbeiten.

Beteiligt war das Aktionsbündnis auch an der Ausarbeitung des Wegweisers Gewaltschutz. Dieser ist im November erschienen und ist ein wichtiger Schritt, um Menschen mit Behinderungen besser vor Gewalt zu schützen.

Im Laufe des Jahres hat der DBR zudem einen LinkedIn-Account aufgebaut, auf dem aktuelle Meldungen und Ereignisse geteilt wurden - der Account hat mittlerweile knapp 500 Abonnent*innen.



Nun geht wie jedes Jahr der Staffelstab für das DBR-Sekretariat an den nächsten Mitgliedsverband, den Sozialverband Deutschland (SoVD) weiter. Bei der Vollversammlung am 03. Dezember hat Hannelore Loskill, Sprecherinnenratsvorsitzende in 2025 diesen symbolisch an Michaela Engelmeier vom SoVD übergeben (Foto: Patricia Kalisch). Die neue Vorsitzende des Sprecherinnenrats betont: „Wir werden die Arbeit des DBR mit voller Kraft weiterführen und uns weiterhin für gleichberechtigte Teilhabe und Selbstbestimmung von Menschen mit Behinderungen einsetzen. Leider liegt hier noch ein weiter Weg vor uns. Aber wir sind überzeugt, dass wir gemeinsam in der vor uns liegenden Zeit wichtige Impulse setzen können.“

Wir bedanken uns für die konstruktive Zusammenarbeit in 2025 und wünschen Ihnen, liebe Leser*innen, eine schöne Vorweihnachtszeit, ruhige Feiertage und einen guten Start ins neue Jahr 2026.

Neues aus der Arbeit des DBR

DBR begeht Welttag für Menschen mit Behinderungen mit parlamentarischem Frühstück und Demo

Am 03. Dezember war Welttag für Menschen mit Behinderungen. Überall auf der Welt gab es Aktionen und Veranstaltungen, die das Bewusstsein für ihre Belange schärfen sollen. Der Deutsche Behindertenrat (DBR) beging den Welttag unter dem Motto „Inklusion ermöglichen - Barrierefreiheit schaffen“.

Am Morgen hat der DBR zu einem parlamentarischen Frühstück eingeladen. Die Schirmherrin, Staatssekretärin Kerstin Griese (SPD) und der Beauftragte der Bundesregierung für Menschen mit Behinderungen, Jürgen Dusel, machten sich mit Grußworten für das Schaffen von mehr Barrierefreiheit stark. Auch andere Politiker*innen wie Bodo Ramelow (DIE LINKE), der am 25. März 2025 zum Vizepräsidenten des Deutschen Bundestages gewählt wurde, Heike Heubach (SPD), Wilfried Oellers (CDU/CSU), Lisa Paus (Bündnis 90/Die Grünen), seit 2025 amtierende Vorsitzende des Haushaltsausschusses und weitere Mitarbeitende des Bundeskanzleramtes waren mit dabei.

Um 10 Uhr rief der DBR dann zu einer Demo am Invalidenpark in Berlin vor dem Hauptsitz des Bundesministerium für Wirtschaft und Energie (BMWE) auf. Dabei hat der Koordinator des DBR-Arbeitsausschusses Dr. Martin Danner die Forderung nach mehr Barrierefreiheit noch einmal symbolisch an das Ministerium übergeben.

Der DBR hat im Vorlauf zum Welttag eine Pressemitteilung zu den geplanten Veranstaltungen veröffentlicht. Darin äußern sich die Sprecherinnen zur Bedeutung von Barrierefreiheit für eine inklusive Gesellschaft und zum neuen Entwurf für die Reform des Behindertengleichstellungsgesetzes. Die Pressemitteilung ist [hier auf der Website des DBR abrufbar](#).





Fotos: Patricia Kalisch

Sprecherinnenrat trifft Bundeskanzler Friedrich Merz

Nach Gesprächen mit Vertreter*innen verschiedener Ressorts der neuen Bundesregierung traf der Sprecherinnenrat des Deutschen Behindertenrats (DBR) am 12. November 2025 Bundeskanzler Friedrich Merz im Bundeskanzleramt. Beim Gespräch machten die Sprecherinnen erneut deutlich, wie wichtig Barrierefreiheit für eine inklusive Gesellschaft ist. Die [Pressemitteilung zum Termin ist hier abrufbar](#).



Foto: Bundesregierung / Guido Bergmann

DBR-Sprecherinnenrat bei Gesundheitsministerin Nina Warken

Am 11. November 2025 fand der Gesprächstermin im Bundesgesundheitsministerium statt. Der DBR-Sprecherinnenrat traf Bundesgesundheitsministerin Nina Warken (CDU) und setzte sich bei dem Austausch dafür ein, dass der Aktionsplan für ein barrierefreies Gesundheitswesen nun konsequent umgesetzt wird. Auch zu diesem Termin hat der DBR eine Pressemitteilung veröffentlicht – sie [ist hier zu finden](#).



Letzte Arbeitsausschuss-Sitzung des DBR in 2025

Am 12. November 2025 hat die letzte Arbeitsausschuss-Sitzung des Deutschen Behindertenrates in diesem Jahr stattgefunden. Neben den Abstimmungen über die weiteren Themen und Vorhaben, sowie aktuelles zu Besetzungsfragen von DBR-Arbeitsgruppen wurde ein Gastbeitrag des Deutschen Instituts für Menschenrechte (DIMR) zum Thema: "Wo steht Deutschland zwei Jahre nach der Staatenprüfung?" durch Frau Dr. Britta Schlegel und Frau Sabrina Prem vorgestellt.

Pressemitteilung des DBR zum Urteil zu den Triage-Regelungen

Der Deutsche Behindertenrat (DBR) hat zur Entscheidung des Bundesverfassungsgerichts zu den Triage-Regelungen eine Pressemitteilung veröffentlicht.

Die Triage-Regelungen hat der Bundestag 2022 beschlossen. Diese legen unter anderem fest, dass in Krisensituationen, wenn die Kapazitäten auf den Intensivstationen knapp werden, nur aufgrund der aktuellen und kurzfristiger Überlebenswahrscheinlichkeit der Betroffenen entschieden werden soll, wer zuerst behandelt wird. Unter Menschen mit Behinderungen führte das zu einem Aufatmen - viele hatten Sorge, in der Krise benachteiligt zu werden.

Umso größer ist nun die Enttäuschung über die Entscheidung des Bundesverfassungsgerichts. "Damit werden Menschen mit Behinderungen in Krisensituationen zunächst einmal schutzlos gestellt. Das ist fatal", sagt Dr. Martin Danner, Koordinator des DBR-Arbeitsausschusses.

Die ganze Pressemitteilung ist [hier auf der Website des DBR abrufbar](#).

"Wegweiser Gewaltschutz" veröffentlicht – DBR an Ausarbeitung beteiligt

Am 14. November 2025 fand in Berlin die Präsentation des "Wegweisers Gewaltschutz" statt. In diesem Kontext wurde die 28-seitige Broschüre "Wegweiser Gewaltschutz - Ein Bericht vom Arbeitskreis Gewaltschutz für Menschen mit Behinderungen" vorgestellt und an die Parlamentarische Staatssekretärin Kerstin Griese überreicht.

Das Bundesministerium für Arbeit und Soziales hat Ende 2024 den „Arbeitskreis Gewaltschutz für Menschen mit Behinderungen“ eingerichtet, in dem Vertreterinnen und Vertreter aus Politik, Verbänden, Wissenschaft, Praxis und Selbstvertretung zusammenarbeiten, um den Gewaltschutz zu stärken. Für den Deutschen Behindertenrat waren Bettina Stevener (BAG SELBSTHILFE e.V.) und Martina Puschke (Weibernetz e.V.) dabei und haben den Wegweiser Gewaltschutz mit erarbeitet.

Entlang von fünf Handlungsfeldern bündelt der Wegweiser zentrale Ansätze, die allen Beteiligten dabei helfen sollen, Menschen mit Behinderungen besser vor Gewalt zu schützen. Der Wegweiser "Gewaltschutz" kann heruntergeladen werden: [In Schwerer Sprache](#) und [in Leichter Sprache](#).

Gemeinsame Eckpunkte zur Weiterentwicklung der Eingliederungshilfe für Menschen mit Behinderungen verabschiedet

Der Deutsche Behindertenrat, die Liga Selbstvertretung, die Bundesarbeitsgemeinschaft der Freien Wohlfahrtspflege und die Fachverbände für Menschen mit Behinderung stellen gemeinsam fest, dass die mit dem Bundesteilhabegesetz eingeleitete Reform der Eingliederungshilfe für Menschen mit Behinderungen ein wichtiger und fortschreitender Prozess ist. Einen Rückschritt darf es nicht geben.

Gemeinsam wurde ein aktuelles Eckpunktepapier zur Weiterentwicklung der Eingliederungshilfe (EGH) erarbeitet und konsentiert. Es ist [hier auf der DBR-Webseite einsehbar](#).

DBR trifft Delegation der Hubei Disabled Persons' Federation

Am 17. November empfingen Vertreterinnen und Vertreter des DBR sowie Juliane Pohl vom Bundesverband Medizintechnologie (BVMed) eine Delegation der Hubei Disabled Persons' Federation aus der Provinz Hubei in China. Die Delegation zeigte großes Interesse am Austausch zu technischen Hilfsmitteln, Rehabilitationshilfen und der Entwicklung sozialer Unterstützungsstrukturen für Menschen mit Behinderungen in Deutschland.

Das Treffen stand sowohl für einen fachlichen Dialog als auch für die Vertiefung der deutsch-chinesischen Kooperation im Bereich Behindertenpolitik.



Veröffentlichungen

- **Pressemitteilungen zum Urteil des Bundesverfassungsgerichts zu den Triage-Regelungen:**
 - **BAG SELBSTHILFE:** Die BAG SELBSTHILFE zeigt sich tief besorgt über die Entscheidung des Bundesverfassungsgerichts, die gesetzlichen Triage-Regelungen aus dem Jahr 2022 für nichtig zu erklären. Diese Entscheidung lässt Menschen mit Behinderungen erneut in Unsicherheit darüber, ob sie in Krisensituationen ausreichend vor Diskriminierung geschützt sind. Die ganze [Pressemitteilung ist hier abrufbar](#).
 - **Deutsches Institut für Menschenrechte:** Nach dem Urteil des Bundesverfassungsgerichts zur Triage drängt das Deutsche Institut für Menschenrechte darauf, schnell Regelungen für eine diskriminierungsfreie Triage zu verabschieden, die in allen Bundesländern einheitlich hohe Schutzstandards garantieren. Die [Pressemitteilung steht hier online](#).
 - **Sozialverband VdK:** VdK-Präsidentin Verena Bentele erklärt: „Für Betroffene und ihre Angehörigen ist es wichtig zu verstehen, dass die heutige Entscheidung keine inhaltliche Entscheidung ist. Das Bundesverfassungsgericht hat lediglich festgestellt, dass der Bund keine Gesetzgebungskompetenz bei den Triage-Regelungen des Infektionsschutzgesetzes hat. Nun werden also die Länder Triage-Regeln treffen müssen.“ Transparenz, Rechtssicherheit, Gleichheit und Diskriminierungsschutz sei sicherzustellen. Die gesamte [Pressemitteilung kann man hier einsehen](#).
- **Pressemitteilungen zum Reformatentwurf für das Behindertengleichstellungsgesetzes (BGG)**
 - **BAG SELBSTHILFE:** Die BAG SELBSTHILFE fordert in ihrer Pressemitteilung deutliche Nachbesserungen am BGG-Reformatentwurf: "Eine inklusive Zukunft beginnt mit gesetzlich verpflichtender Barrierefreiheit." Die ganze [Pressemeldung ist hier nachzulesen](#).
 - **Deutsches Institut für Menschenrechte (DIMR):** „Deutschland muss

barrierefrei werden: Reform des Behindertengleichstellungsgesetzes nutzen“ – die neue Pressemitteilung des DIMR beleuchtet aktuelle Aspekte in der Diskussion zur Reform des BGG. [Sie ist hier abrufbar](#). Auch rund um den Welttag für Menschen mit Behinderungen äußert sich das DIMR noch einmal zum BGG-Reformentwurf und fordert stärkere Verpflichtung der Privatwirtschaft zu Barrierefreiheit. Die [zweite Pressemitteilung ist hier zu finden](#).

- **Netzwerk Artikel 3 Verein für Menschenrechte und Gleichstellung Behinderter e.V.:** Das Netzwerk äußert Kritik an Referentenentwurf für die Reform: "Die BGG-Reform hebt UN-Behindertenrechtskonvention aus." Die ganze [Pressemitteilung ist hier nachzulesen](#).
- **BAG BBW:** Die Bundesarbeitsgemeinschaft der Berufsbildungswerke (BAG BBW) feierte im November 50-jähriges Bestehen. Bundespräsident Frank-Walter Steinmeier würdigte beim Festakt die herausragende Bedeutung der beruflichen Rehabilitation junger Menschen mit Behinderungen. Unter dem Jubiläumsmotto „Wir feiern Stärken, jeden Tag“ kamen 300 Vertreterinnen und Vertreter aus Politik, Verwaltung, Reha-Trägerschaft, den Berufsbildungswerken sowie zahlreiche Partnerinnen und Gäste aus ganz Deutschland in Berlin zusammen, um fünf Jahrzehnte Engagement für Teilhabe, Bildung und Inklusion zu würdigen – und den Blick auf die Zukunft der beruflichen Rehabilitation zu richten. Die Pressemitteilung zum Jubiläum [steht hier online zum Nachlesen](#).
- **Behindertenbeauftragte des Bundes und der Länder:** Die Beauftragten des Bundes und der Länder für die Belange von Menschen mit Behinderungen haben auf ihrem 70. Treffen die „Hamburger Erklärung“ verabschiedet. Darin fordern sie eine konsequente Digitalisierungspolitik auf Basis der Grundrechte und der UN-Behindertenrechtskonvention (UN-BRK), um Menschen mit Behinderungen eine barrierefreie Nutzung digitaler Technologien sowie umfassende digitale Teilhabe in allen Lebensbereichen zu ermöglichen. [Die ganze Erklärung ist hier abrufbar](#).
- **Bundesinnungsverband für Orthopädie-Technik:** Unter dem Motto „Interdisziplinarität als Motor für Fortschritt“ wird vom Erfolgreichen Tag der Technischen Orthopädie (TTO) 2025 berichtet, der am 30. Oktober 2025 in Berlin stattfand. Hier kann man [die Pressemeldung nachlesen](#). Der interdisziplinäre Austausch wird zum Tag der Technischen Orthopädie im Rahmen der 74. Jahrestagung der Vereinigung Süddeutsche Orthopädie und Unfallchirurgie e.V. (VSOU) im April 2026 fortgesetzt.
- **Bundesverband Caritas Kinder- und Jugendhilfe (BVkE):**
 - Auf Einladung von Bundesministerin Karin Prien nahm Dr. Klaus Esser als Vorsitzender des Bundesverbandes Caritas Kinder- und Jugendhilfe e. V. (BVkE) an einem Auftaktgespräch zur inklusiven Weiterentwicklung der Kinder- und Jugendhilfe teil. Dabei vertrat Dr. Klaus Esser die Interessen der katholischen Hilfen zur Erziehung (HzE) und machte deutlich: „Inklusion darf kein Schlagwort bleiben – sie muss mit konkreten Investitionen in Strukturen, Personal und Haltungen unterlegt werden.“ Die ganze [Pressemitteilung kann man hier nachlesen](#).
 - Junge Menschen, die in stationären Hilfen zur Erziehung aufgewachsen sind, haben bislang faktisch keinen Zugang zu Freiwilligendiensten. Fehlende rechtliche, organisatorische und finanzielle Rahmenbedingungen verhindern, dass sie – wie ihre Altersgenossen – diese prägende Zeit der Orientierung, des sozialen Lernens und der Persönlichkeitsentwicklung erleben können. Das Positionspapier der bvke fordert eine Änderung des jetzigen Zustandes ein. Es kann [hier nachgelesen werden](#).

- **Bundesverband der Angehörigen psychisch erkrankter Menschen (BApK e.V.):** Der BApK hat einen neuen Flyer veröffentlicht, der Angehörige von suizidgefährdeten Menschen unterstützt. Er enthält Tipps zur Gesprächsführung, Warnsignale, Hinweise auf Suizidgefahr sowie Notfallnummern und Anlaufstellen. Die Pressemitteilung zur Beröffentlichung des Flyers [kann hier abgerufen werden](#).
- **Deutscher Blinden- und Sehbehinderten Verband e.V. (DBSV):**
 - Zum 73. Hörspielpreis der Kriegsblinden hat der DBSV eine Pressemitteilung veröffentlicht. „Erstmals mit drei Preiskategorien – Die Nominierten!“, meldet der DBSV die aktuellen Nominierungen für herausragende und kreative Audioproduktionen. Die Preisvergabe, getragen von der Film- und Medienstiftung NRW und vom Deutschen Blinden- und Sehbehindertenverband (DBSV), wird am 10. Dezember 2025 in Köln stattfinden. Hier geht es [zur ganzen Pressemitteilung](#).
 - Zur E-Scooter-Novelle: Verbände fordern deutliche Nachbesserungen für mehr Sicherheit und Barrierefreiheit. Dazu hat der DBSV eine Pressemitteilung veröffentlicht, [die hier zu finden ist](#).
- **Deutsche Vereinigung für Soziale Arbeit im Gesundheitswesen (DVSG):** Zur ersten Lesung des Krankenhausanpassungsgesetzes (KHAG) hat die DVSG eine Pressemitteilung veröffentlicht. Die Vereinigung fordert darin: "Berücksichtigt endlich angemessen die Sozialdienste!" Die [Pressemitteilung ist hier abrufbar](#).
- **Endometriose-Vereinigung Deutschland** Die Endometriose-Vereinigung präsentiert den neuen Behandlungspass für Betroffene. Dazu hat die Vereinigung eine [Pressemeldung veröffentlicht, die hier abrufbar ist](#).
- **European Disability Forum (EDF):** Fast sieben von zehn Menschen mit Behinderungen sind der Ansicht, dass sie beim Fliegen diskriminiert werden. Das sind die deutlichen Ergebnisse des 9. Menschenrechtsberichts "Rechte verzögert: Flugreisen für Passagiere mit Behinderungen". Der Bericht hebt hervor, wie die Rechtsvorschriften der Europäischen Union über die Rechte der Fluggäste und ihre inkonsistente Anwendung einen begrenzten Schutz für Menschen mit Behinderungen bieten. [Mehr Informationen zum Bericht gibt es hier](#).
- **Weibernetz e.V.:**
 - Anlässlich des Internationalen Tags gegen Gewalt an Frauen hat der Verein Weibernetz eine Pressemitteilung versendet. Darin fordert der Verein, das Gewalthilfegesetz konsequent barrierefrei umzusetzen. Bei der Umsetzung des Gewalthilfegesetzes müssen die Bedarfe behinderter Frauen von Anfang an konsequent berücksichtigt werden. Dafür hat der Verein eine Handreichung „Schutz und Beratung: Barrierefrei!“ erstellt. Die Pressemitteilung und die Handreichungen sind [hier online abrufbar](#).
 - Wie werden in Deutschland Mehrfachdiskriminierungen behinderter Frauen und Mädchen berücksichtigt? Antworten auf diese Frage hat Weibernetz dem Ausschuss der Vereinten Nationen übermittelt. Der ganze Text und weitere Hintergrundinformationen [können hier abgerufen werden](#).

Termine

- **Bündnis 90/Die Grünen - Bundestagsfraktion:** Die Bundestagsfraktion der Grünen lädt am 13. Dezember 2025 zur Grünen Gesundheitsberufekonferenz ein. Fachkräftemangel, überbordende Bürokratie, mangelnde Mitbestimmung und fehlende politische Repräsentanz - vor diesen strukturellen Herausforderungen stehen viele Gesundheitsberufe. Dazu will die Fraktion Fachkräfte aus dem gesamten Spektrum der Gesundheitsberufe zusammenbringen – von Pflege über Geburtshilfe und Therapie bis hin zur ärztlichen und pharmazeutischen Versorgung, am 13. Dezember von 10 – 17 Uhr zur hybriden Konferenz im Paul-Löbe-Haus in Berlin ein. Dieser [Link führt zu Infos und Anmeldung](#).
- **rehaKIND – Internationale Fördergemeinschaft Kinder- und Jugendrehabilitation e.V.:** Vom 04. bis zum 06. Februar 2026 findet der Kongress Focus CP-rehaKIND in Dortmund statt. Kindermedizin, Therapie und teilhabeorientierte Versorgung gehören untrennbar zusammen – und gelingen nur im Team. Im Zentrum dieses Kongressformates stehen Kinder und Jugendliche mit Behinderung – ihre Bedürfnisse, ihre Lebenswelten und ihre Zukunft. Fachleute aus Medizin, Therapie, Pflege, Pädagogik, Technik und Wissenschaft diskutieren auf Augenhöhe mit betroffenen Familien – auf Augenhöhe und mit einem Ziel: Teilhabe sichern, Lebensqualität stärken, Zukunft gestalten. [Mehr Informationen zum Programm gibt es unter diesem Link](#).
- **Bundesarbeitsgemeinschaft für Rehabilitation e.V. (BAR):** Am 28. und 29. April 2026 findet das BAR-Fachgespräch unter dem Motto „Reha trifft Pflege“ in Kassel statt. Bedarfsgerechte und zeitgemäße Reha- und Pflegeleistungen sind essenziell, damit eine gute Versorgung sichergestellt wird und Teilhabe gelingt. Das Thema bewegt viele auf unterschiedliche Art und Weise sowie Akteure und Betroffene aus den unterschiedlichsten Handlungsfeldern. Das BAR-Fachgespräch findet im „Haus der Kirche“ in Kassel als Präsenzveranstaltung statt. Näheres zu Anmeldung und zum Programm [gibt es unter diesem Link](#).
- **Bundesministerium für Arbeit und Soziales (BMAS):** Am 06. und 07. Juli 2026 als hybride Veranstaltung im Cafe Moskau in Berlin statt. Das Thema lautet diesmal: "Arbeit und Ausbildung für junge Menschen mit Behinderungen – barrierefrei • selbstbestimmt • zeitgemäß". Mehr Infos folgen.

Einladung zum Mitwirken

Deutschlandweite Befragung zu Diskriminierungserfahrung gestartet

Vom 12. November 2025 bis 28. Februar 2026 führt die Antidiskriminierungsstelle des Bundes die bislang größte Umfrage zu Diskriminierung in Deutschland durch. An der Umfrage können alle Menschen ab 14 Jahren teilnehmen, die in Deutschland Diskriminierung erlebt haben. Die Teilnahme ist anonym, barrierearm und in vielen Formaten und Sprachen möglich. In Zeiten, in denen gleiche Rechte für alle in Frage gestellt werden, ist eine große Beteiligung an der Umfrage wichtiger denn je.

Die Ergebnisse der Befragung werden voraussichtlich im Frühsommer 2027 veröffentlicht.

[Alle Informationen und den Zugang zur Umfrage gibt es hier](#).

Umfrage zur Kommunikation digitaler Gesundheitsthemen

Das Forschungsprojekt DISELMA (Digital Media in Chronic Disease Self-Management) an der Freien Universität Berlin untersucht, wie Organisationen in Deutschland digitale Gesundheitsthemen kommunizieren. Für die aktuelle Projektphase führt das Forschungsprojekt eine bundesweite Online-Umfrage durch und möchte Sie herzlich zur Teilnahme einladen. Die Befragung dauert etwa 12–15 Minuten, ist anonym und dient ausschließlich wissenschaftlichen Zwecken. Weitere Informationen gibt es [unter diesem Link \(in englischer Sprache\)](#), die Umfrage ist [hier bis Februar 2026](#) geöffnet.

EDF-Umfrage zu behindertengerechter Notfallvorsorge und -reaktion

Das European Disability Forum führt eine Studie zur behindertengerechten Notfallvorsorge und -reaktion in den Mitglieds- und Teilnehmerstaaten des Katastrophenschutzverfahrens der EU durch. Dazu gibt es eine Umfrage, um aktuelle Praktiken, Lücken und Möglichkeiten zu dokumentieren. Die Umfrage dauert etwa 15 bis 20 Minuten. Die Antworten werden die Grundlage für zukünftiges Arbeiten stärken und in die laufende Zusammenarbeit mit dem technischen Hilfsprogramm der Weltbank einfließen. Die Umfrage ist [bis zum 5. Dezember](#) [unter diesem Link](#) auszufüllen.

Sonstiges

Handbücher und Erklärfilme zu „Einfach.Gut.Beraten - Aktionberatung - Die Peers“ abrufbar

“Einfach.Gut.Beraten - Aktionberatung - Die Peers“ soll das Schnittstellenmanagement zwischen Behinderten- und Suchthilfe vereinfachen und für Menschen mit geistiger Beeinträchtigung bei gleichzeitiger Suchtproblematik den Zugang zur örtlichen Suchthilfe erleichtern. Dazu wurden Menschen mit geistiger Beeinträchtigung (Peers) geschult, eigenständig oder mit Unterstützung Informationsveranstaltungen für andere Menschen mit geistiger Beeinträchtigung in ihrer Einrichtung durchzuführen. Zudem wurden sie befähigt ein regelmäßiges Beratungsangebot in ihrer Einrichtung - zum Beispiel in Form einer offenen Sprechstunde - anzubieten.

Es wurden mehrere Handbücher erarbeitet, die die Rollen der Projektkoordination ersetzen sollen. Das gesamte Material soll Fachkräfte und Peers in Einrichtungen in die Lage versetzen, praxisnah Peerschulungen durchzuführen und damit einen Beitrag zu Aufklärung und Prävention im Bereich geistig beeinträchtigter Menschen und ihren Umgang mit Suchtmitteln und -verhalten leisten.

Die Handbücher sind nun [als freier Download auf der Website der Aktionberatung - einfach.gut.beraten. abrufbar](#). Zudem wurden Erklärfilme zu Sucht und Suchtmitteln erstellt. Sie können sowohl zur persönlichen Information, als auch zur praktischen Anwendung in einer Beratungssituation dienen. Die Filme wurden in Zusammenarbeit zwischen dem Suchthilfeträger Jugendberatung und Jugendhilfe e.V. sowie dem Träger der Eingliederungshilfe EVIM Gemeinnützige Behindertenhilfe GmbH erarbeitet. Die Erklärfilme wurden auf [dem YouTube-Kanal der Aktionsberatung](#) veröffentlicht.

Antwort auf die Kleine Anfrage der Grünen-Abgeordneten Simone Fischer

Urteil zur Arbeitsassistenz vom Verwaltungsgericht Mainz

Zur Umsetzung des Aktionsplans für ein diverses, inklusives und barrierefreies Gesundheitswesen hatte die Bundestagsabgeordnete Simone Fischer eine kleine Anfrage an die Bundesregierung gestellt. Dazu sollte die Bundesregierung darlegen, wie sie den Aktionsplan bewertet, welche Maßnahmen bereits umgesetzt wurden und welche Prioritäten sie künftig setzt. Das Bundesministerium für Gesundheit (BMG) hat sich nun mit einer Antwort dazu geäußert. **Das Statement von Simone Fischer zur Antwort** findet sich [hier](#).

Das Verwaltungsgericht Mainz hat entschieden, dass die Kostenübernahme für eine notwendige Arbeitsassistenz durch das Integrationsamt auch bei einer elternzeitbedingten Reduzierung der wöchentlichen Arbeitszeit auf unter 15 Stunden nicht entfällt. Hier können Sie den Hintergrund zur Urteilsfindung einsehen. Den aktuellen Stand zum Urteil des Verwaltungsgerichts Mainz [kann man hier in einer Veröffentlichung des Zentrums für selbstbestimmtes Leben behinderter Menschen e.V. einsehen](#).

Bewerbungsstart für Bundesteilhabepreis 2026 zu „Berufseinstieg inklusiv“

Unter dem Motto: „BERUFSEINSTIEG INKLUSIV - Jetzt bewerben!“ sucht das Bundesministerium für Arbeit und Soziales innovative Ansätze, die jungen Menschen mit Behinderungen den Übergang von der beruflichen Bildung in den Arbeitsmarkt erleichtern. Gesucht werden gute Beispiele aus der Praxis und innovative Projekte, die einen Beitrag leisten, die Übergangsphase von der Berufsausbildung in den Arbeitsmarkt inklusiv zu gestalten. Hierbei ist das Zusammenspiel über die gesamte Berufsausbildungsdauer zwischen der Ausbildungsstätte, den Auszubildenden sowie dem zukünftigen Arbeitgebenden wichtig, um jungen Menschen mit Behinderungen nachhaltige Arbeitsplätze zu sichern. Der inklusive Berufseinstieg sollte dabei in einen inklusiven Sozialraum eingebettet sein und zur Nachahmung anregen. Im Fokus der Bewerbung sollte in jedem Fall das reibungslose Zusammenspiel aller Beteiligten im beruflichen Inklusionsprozess stehen. Bewerbungsschluss ist der 08. Februar 2026. [Alle Informationen zur Anmeldung und weiteren Fragestellungen gibt es unter diesem Link](#).

Radio-Feature zum Thema "Junge Pflege" im Deutschlandfunk

In der Rubrik Zeitfragen.Feature läuft am 15. Dezember 2025 um 19.30 Uhr ein Radiofeature bei Deutschlandfunk Kultur. Mit 18 ins Seniorenheim? Schlager statt Rap? Etwa eine Million Pflegebedürftige sind unter 65 Jahre alt. Doch einen der wenigen Plätze in der „Jungen Pflege“ zu ergattern, ist ein Kraftakt – für die Betroffenen und ihre Angehörigen.

Pflege ist keine Frage des Alters. Katja ist 38, als sie einen schweren Schlaganfall erleidet und rund um die Uhr Hilfe braucht. Sie landet in einer Senioreneinrichtung. Aus Mangel an einer Alternative. Enno hat Pflegegrad 5, lebt in einem speziellen Internat. Bald wird er 18 und muss dort ausziehen. Doch wohin? In ein Altenheim? Für jüngere Pflegebedürftige ist in unserem Versorgungssystem kaum Platz. In den wenigen Einrichtungen der „Jungen Pflege“ sind die Wartelisten lang. Dabei sind etwa eine Million Pflegebedürftige jünger als 65 Jahre. Und sie haben ganz andere Bedürfnisse als Senioren am Lebensende.

Nach der Ausstrahlung ist das [Feature hier auf der Seite des Deutschlandfunks abrufbar](#).

Inklusives Programm zu Mentoring startet demnächst

Die Bewerbungsphase für das Mentoring-Programm 2026 von InKlub startet am kommenden

Montag. Das Programm richtet sich an Gründer*innen mit Behinderung, chronischer Erkrankung oder Neurodivergenz, die ihre Idee in einem sechsmonatigen Programm weiterentwickeln möchten. Das Angebot ist vollständig kostenfrei. [Weitere Informationen zur Teilnahme gibt es unter diesem Link.](#)

Petition zur Anerkennung von Assistenzhunden

Der DIG PKU e.V. fordert zur Unterzeichnung der Petition im Hinblick auf die Anerkennung von Assistenzhunden für psychische und körperliche Beeinträchtigungen als Hilfsmittel im Sinne von § 33 SGB V auf. [Unter diesem Link kann man die Petition unterschreiben.](#)

Deutscher Behindertenrat (DBR)

c/o BAG SELBSTHILFE
Mariendorfer Damm 159
12107 Berlin

Telefon: +49 (0) 211 31006 - 54/55
Fax.: +49 (0) 211 31006 - 66

E-Mail: info@deutscher-behindertenrat.de
Webseite: www.deutscher-behindertenrat.de

Hinweis: Der DBR-Newsletter enthält oder verlinkt auf Informationen und Inhalte von Dritten. Diese haben wir nicht auf Barrierefreiheit geprüft.

[Vom DBR-Newsletter abmelden](#)